

Vertrauen in Deutschland Eine qualitative Wertestudie

Zusammenfassung der Ergebnisse



Vertrauen in Deutschland

Eine qualitative Wertestudie der Bertelsmann Stiftung

Task Force „Perspektive 2020 – Deutschland nach der Krise“

Kontakt:

Dr. Jan Arpe

Project Manager

Programm „Zukunft global denken“

Bertelsmann Stiftung

Telefon 05241 81-81157

Fax 05241 81-681157

jan.arpe@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de

Gütersloh, 27.12.2009

Zusammenfassung der Studie „Vertrauen in Deutschland“

Deutschland in der Vertrauenskrise – Förderung von Bildung, Familien, Partizipation und Nachhaltigkeit sind die Schlüssel für mehr Zukunftsoptimismus

Qualitative Studie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung offenbart eklatante Unzufriedenheit mit den Lebensbedingungen in Deutschland

Mit dem Vertrauen in der deutschen Gesellschaft ist es schlecht bestellt. Ob in die Lebensbedingungen in Deutschland, in Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Politik, in die aktuelle wirtschaftliche und politische Grundordnung, das Bildungs-, das Gesundheits-, das Rentensystem oder die Sozialhilfe – die Menschen haben kein Vertrauen. Deutschland befindet sich in einer Vertrauenskrise.

Dass die Finanzkrise viel Vertrauen zerstört hat, machen zahlreiche Umfragen der letzten Monate deutlich. Doch die Ursachen dieses Phänomens liegen tiefer – und vor allem weit vor der gegenwärtigen Finanzkrise, wie die vorliegende Studie zeigt: Die große Vertrauenserosion fand laut Studienteilnehmern bereits in den 80er und 90er Jahren statt und wurde durch die aktuelle Krise noch einmal verstärkt.

Die Studie wurde im Auftrag der Task Force „Perspektive 2020 – Deutschland nach der Krise“ der Bertelsmann Stiftung durchgeführt. Die Task Force beschäftigt sich seit Herbst 2008 mit den mittel- und langfristigen Folgen der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise und hat das Thema „Vertrauen“ als einen inhaltlichen Arbeitsschwerpunkt auf ihre Agenda gesetzt. Ziel der Studie war es, in Ergänzung zu den zahlreichen quantitativen Umfragen verschiedener Institute in den letzten Monaten genauer zu verstehen, woran die Menschen ihr Vertrauen knüpfen, welche Erwartungshaltungen sie haben und welche Themen bei ihnen große Resonanz finden. Zudem sollte untersucht werden, wie verschiedene Menschen auf unterschiedliche Maßnahmen von Politik und Wirtschaft reagieren und ob bei allem Vertrauensschwund auch Hoffungsanker zu erkennen sind.

Zur verwendeten Studienmethode

Für die vom Bremer Forschungsinstitut *nextpractice* durchgeführte Studie wurden mit 100 repräsentativ ausgewählten Bundesbürgern jeweils anderthalb- bis zweistündige Tiefeninterviews zu ihren Einschätzungen rund um das Thema „Vertrauen in Deutschland“ geführt. Die Ergebnisse wurden mit einem computergestützten Verfahren zusammengefasst, um kollektive Wertemuster im Kontext des Vertrauenthemas darzustellen und zu analysieren.

Die Methode wird von *nextpractice* seit über 15 Jahren erfolgreich in Unternehmenskontexten angewandt, in letzter Zeit aber auch vermehrt zur Analyse gesellschaftspolitischer Fragestellungen eingesetzt.

Durch die Zusammenführung der intuitiven, unterbewussten Bewertungen der einzelnen Teilnehmer wird ein Kulturmuster sichtbar gemacht, das Aufschluss über zukünftige Verhaltenstrends in der Gesellschaft geben kann.

Die Entwicklung des Vertrauensniveaus in Deutschland

Die Studienteilnehmer schreiben den Lebensbedingungen in den 60er und 70er Jahren ein sehr hohes Vertrauensniveau zu, das jedoch bis in die 90er Jahre dramatisch zusammenbricht. Dieser Trend hält bis heute an, für die kommenden Jahre wird eine leichte Trendwende erwartet. Die Zukunftserwartungen bleiben jedoch weit hinter dem Potenzial zurück, das der deutschen Gesellschaft beigemessen wird. Allerdings ist auch dieses Potenzial noch deutlich von den Idealvorstellungen entfernt; die Befragten sehen keine Chance, in Deutschland ein maximales Vertrauensniveau zu etablieren. Insgesamt zeigen sich 70 der 100 Befragten resigniert: Sie schätzen die aktuelle Lage sehr negativ ein und sind auch für die Zukunft eher pessimistisch.¹

Auch im Vergleich mit den Lebensbedingungen in den anderen Industrienationen und den Schwellenländern schneidet Deutschland schlecht ab. Die Lebensbedingungen in den Schwellenländern in den 60er und 70er Jahren werden sehr negativ bewertet, seit dem sehen die Befragten jedoch eine kontinuierliche Verbesserung. In den kommenden Jahren wird die Situation dort ebenfalls besser eingeschätzt als in Deutschland, jedoch bei insgesamt geringerem Potenzial.

Die Einschätzung der Lebensbedingungen in den 60er und 70er Jahren ist geprägt von wertschätzenden Formen der Zusammenarbeit, strategischen Wachstumsimpulsen („Wohlstand durch Wachstum“), Kompetenz und Glaubwürdigkeit. Hingegen wird mit den Lebensbedingungen der 90er Jahre eine Fokussierung auf den Erhalt des erreichten Lebensstandards, die Förderung von Leistungseliten und eine vom Bürger entkoppelte Interessenvertretung assoziiert. Zudem wird in der Wahrnehmung der Studienteilnehmer zunehmend soziale Ungerechtigkeit als Kollateralschaden hingenommen, sie bemängeln das bewusste Abgeben falscher Versprechungen, profitgierigen Raubbau an Mensch und Umwelt und die Förderung von ungezügelterm Egoismus. Gleichsam hat in den 80er und 90er Jahren die Fokussierung auf eine garantierte Grundsicherung, wertschätzende Formen der Zusammenarbeit, den offenen Einbezug über Partizipationsprozesse, den Erhalt maximaler Zukunftsfähigkeit sowie das ehrliche Bemühen um nachhaltige Lösungen stark abgenommen. Seit den 90er Jahren verschärft sich dieser Trend in so gut wie allen genannten Ausprägungen.

Für die kommenden Jahre gehen die negativen Einschätzungen zu den erwarteten Lebensbedingungen leicht zurück, die positiven Einschätzungen nehmen leicht zu. Als mögliche Veränderungen werden am ehesten eine Refokussierung auf eine garantierte Grundsicherung für alle Menschen und wertschätzende Formen der Zusammenarbeit genannt. Hinzu kommt eine steigende Akzeptanz des Risikos von Neuerungen. Gleichzeitig wird erwartet, dass Innovationen

¹ Dieses Ergebnis deckt sich mit den Erkenntnissen weiterer Studien mit insgesamt gut 300 Befragten, die von der Firma *nextpractice* durchgeführt wurden; darunter die Studie „Der demographische Wandel als gesellschaftliche Herausforderung“, die von der Bertelsmann Stiftung für das Forum Demographischer Wandel Ende 2008 in Auftrag gegeben wurde.

weniger von ideologischem Denken ausgebremst werden, unehrliche Kommunikation etwas nachlässt und der Trend, soziale Ungerechtigkeit als Kollateralschaden zu begreifen, leicht rückgängig (aber immer noch stark ausgeprägt) sein wird. Keine Hoffnung legen die Teilnehmer in eine Veränderung hinsichtlich des ungezügelten Egoismus, des kurzfristigen und weitgehend planlosen Agierens sowie der Ausbreitung von Lobbyismus.

Nach Ansicht der Interviewten hat Deutschland ein hohes Potenzial für Sicherheit und Stabilität, jedoch nicht für die Gestaltung von Zukunftsfähigkeit oder die ehrliche Vertretung von Mehrheitsinteressen. Ebenso wenig wird in der deutschen Gesellschaft das Potenzial gesehen, gegen den Raubbau an Mensch und Umwelt, Lobbyismus, Verbreitung von Egoismus, Festhalten am Status Quo und soziale Ungerechtigkeit effektiv anzugehen.

Alle Befragten sehen in Deutschland die Gefahr, dass sich die Gesellschaft von Zukunftsangst ausbremsen lässt. Fast alle Interviewten (96 von 100)² sind der Meinung, dass die Menschen in Deutschland betrogen und fehlinformiert werden. Sie sehen den Lobbyismus auf dem Vormarsch: 41 Prozent assoziieren die Lebensbedingungen der 60er und 70er Jahre mit Lobbyismus, 76 Prozent die 90er Jahre und 93 Prozent die heutige Situation. Ein Rückgang wird hier nicht erwartet: 90 Prozent glauben, dass die Lebensbedingungen auch in zehn Jahren noch von Lobbyismus geprägt sein werden.

Vier Gruppen mit unterschiedlichen Wertemustern

Die Wertemuster der Interviewten streuen stark. Die Analyse ergibt vier Gruppen mit grundsätzlich verschiedenen Einstellungen, die sich vor allem hinsichtlich der Sicht auf die Konzepte der direkten und der repräsentativen Demokratie unterscheiden. Die Kenntnis dieser Gruppen ist wichtig für ein differenziertes Verständnis des insgesamt sehr kritischen Vertrauensbildes in Deutschland, da sie unterschiedliche Vertrauensanker aufweisen.

Vertrauen auf die Solidargemeinschaft (25 Prozent)

Erkennbar ist zunächst eine Gruppe, die die Gesellschaft vor allem als Solidargemeinschaft begreift. Sie macht ihr Vertrauen davon abhängig, wie sehr sie Chancengleichheit umgesetzt sieht, wie sehr Wählerinteressen von Politikern vertreten werden und wie wirksam Verstöße gegen bestehende Regeln geahndet werden. Sie erwartet auch, dass sich die Gesellschaft in Notsituationen solidarisiert und dass finanzielle Risiken gemeinschaftlich gepuffert werden. Besonders sensibel reagiert sie auf das Gebaren, Unfähigkeit mit leerem Gerede zu verbergen, wenn Menschen

² Die sehr hoch ausfallenden Prozentangaben sind hier und im weiteren Text analog wie folgt zu verstehen: Bestimmte Einzelaussagen der Befragten wurden zum Thema „Menschen betrügen und fehlinformieren“ zusammengefasst. 96 Prozent der Befragten gaben an, sie würden das Element „Lebensbedingungen in Deutschland heute“ mit einer von ihnen genannten individuellen Aussage assoziieren, die dann in der Studiauswertung diesem Thema zugeschrieben wurde.

betrogen und falsch informiert oder wenn fortschrittliche Entwicklungen durch Zukunftsangst ausgebremst werden. Charakteristisch für die Gruppe ist ein besonders hoher Grad an Frustration und Resignation. Sie stellt das gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche System in Deutschland in Frage, hat ihr Vertrauen in die bestehenden Systeme grundsätzlich verloren und glaubt nicht, dass es überhaupt eine Lösung für ihr Vertrauensproblem gibt.

Vertrauen in die eigene Leistungsfähigkeit (31 Prozent)

Gut erkennbar ist auch eine größere Gruppe, die grundsätzlich durch ein höheres Selbstvertrauen gekennzeichnet ist. Sie setzt auf maximale individuelle Freiräume, findet es gut, wenn Menschen durchsetzungsstark eigene Ziele verfolgen können und setzt auf Wachstum durch den Einsatz von Eigenverantwortung, gesunder Erfahrung und Leistungsförderung. Sie unterstützt Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft und möchte allenfalls auf der Basis klarer Regularien kontrollieren. Das erste Ziel ist vor allem der Erhalt des Lebensstandards. Besonders negativ reagieren die Angehörigen dieser Gruppe auf ein „Dahindümpeln ohne eigenen Antrieb“. Gleichzeitig sind die Befürchtung des eigenen sozialen Abstiegs sowie der Mangel an sicheren individuellen Zukunftsperspektiven Themen, die die Menschen dieser Gruppe bewegen. Sensibel reagiert die Gruppe zudem auf das Verhalten von Verantwortlichen und Entscheidern, die „das Fähnchen immer in den Wind hängen“ oder „nahezu jedes Mittel mit dem Zweck rechtfertigen“. Sie verabscheuen „taktisch verlogene Oberflächen“ und sehen in der Bürokratie große Veränderungsbarrieren. Die Gruppe befürwortet sowohl das Konzept der direkten als auch der repräsentativen Demokratie.

Vertrauen durch Planungssicherheit (25 Prozent)

Die dritte Gruppe ist nicht so sehr auf Solidarität oder das eigene Wohlergehen bedacht, sondern bezieht ihr Vertrauen hauptsächlich aus einer weitgehenden Planungssicherheit für die Zukunft. Sie ist vor allem um eine umfassende Transparenz bemüht und schätzt es, wenn Probleme zuverlässig im Team angegangen werden. Mit Kontinuität und Verlässlichkeit möchte diese Gruppe „bescheiden den Bodenkontakt aufrecht erhalten“ und „mit Augenmaß das Bestehende optimieren“. Negativ reagiert sie besonders auf ideologische Scheuklappen, kurzfristiges und weitgehend planloses Agieren und wenn sie das Gefühl hat, der Bürger werde ganz bewusst „für dumm verkauft“. Die Angehörigen dieser Gruppe sind zwar mit dem bestehenden System grundsätzlich einverstanden, fordern aber einen tiefgreifenden Zielwechsel und eine Neudefinition in zahlreichen Bereichen, also einen Musterwechsel innerhalb der bestehenden Systeme.

Vertrauen durch Bürgerbeteiligung (20 Prozent)

Als vierte Gruppe lassen sich diejenigen Bürger erkennen, die ihr Vertrauen an die Möglichkeit knüpfen, sich aktiv an politischen und wirtschaftlichen Prozessen zu beteiligen. Die Interviewten, die in diese Gruppe fallen, wünschen sich, bei Entscheidungen einbezogen zu werden, und möchten ein Klima gegenseitiger Wertschätzung schaffen. Es ist ihnen besonders wichtig, dass

Aufgaben kompetent und informiert angegangen werden, sie wollen Wort und Tat aufrichtig in Einklang bringen, langfristig denken, nachhaltig handeln und weltoffen Ausschau nach Innovationen halten. Besonders sensibel reagieren sie bei Maßnahmen, die gezielt Egoismus und Wettbewerb fördern, wenn wichtige Probleme zu kurzfristig angegangen werden sowie gegenüber Entscheidern, die abgekoppelt in ihrer eigenen Wirklichkeit leben oder Teilinteressen mit Lobbyismus durchsetzen. Die Gruppe fordert aktiv die direkte Demokratie und lehnt die repräsentative Demokratie ab.

Tabelle 1 Übersicht über die Wertemustergruppen der Befragten

Wertemuster	Anteil der Befragten	Direkte Demokratie	Repräsentative Demokratie	Typische Resonanzthemen
Solidargemeinschaft	25 %	-	-	Chancengleichheit, Solidarität
Leistungsfähigkeit	31 %	+	+	Eigenverantwortung, Wachstum
Planungssicherheit	24 %	+	+	Transparenz, Verlässlichkeit
Bürgerbeteiligung	20 %	+	-	Partizipation, Nachhaltigkeit

Weitgehende Befürwortung der Sozialen Marktwirtschaft, aber große Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung

Die aktuelle wirtschaftliche Grundordnung wird mit Egoismus förderndem Wettbewerb (93 Prozent), Zukunftsangst (93 Prozent) und Abkopplung von der Wirklichkeit (92 Prozent) in Verbindung gebracht. Positiv wird lediglich die weitsichtige Sicherung des Lebensstandards gesehen (92 Prozent). Während die Gruppe „Leistungsfähigkeit“ noch am zufriedensten mit der aktuellen Wirtschaftsordnung ist, kommt die stärkste Kritik aus der Gruppe „Bürgerbeteiligung“. Das Wachstumsprinzip wird insgesamt eher positiv bewertet (Marktdynamik und aktive Zukunftsgestaltung), zum Teil aber auch mit deutlich negativer Kritik bedacht (Egoismus und Kurzsichtigkeit). Auch hier wird diese Kritik am stärksten von der Gruppe „Bürgerbeteiligung“ geäußert.

Bei der Frage nach der Bewertung verschiedener Wirtschaftsformen sehen die Befragten einhellig den Vorteil, dass sowohl die Freie als auch die Soziale Marktwirtschaft eigenständige Zielverfolgungen ermöglichen. Während die Soziale Marktwirtschaft als bodenständige Wirtschaftsordnung wahrgenommen wird, die die sozialen Lebensbedingungen stabilisiert und den Lebensstandard langfristig sichert, sind die Bewertungen der Freien Marktwirtschaft zwischen Gier und Neugier, Zukunftsangst und Fortschritt ambivalent. Insgesamt wird die Soziale Marktwirtschaft deutlich besser bewertet als die Freie Marktwirtschaft, wobei der Abstand zwischen den beiden Spielarten der Marktwirtschaft in der Gruppe „Bürgerbeteiligung“ am größten ist. Als einziger Nachteil gegenüber der Freien Marktwirtschaft wird gesehen, dass in der Sozialen Marktwirtschaft Neuerungen weniger risikofreudig begegnet wird, die Marktdynamik geringer ausfällt.

Von den positiven Eigenschaften, die der Sozialen Marktwirtschaft zugeschrieben werden, sehen die Interviewteilnehmer besonders die Förderung von Motivation und Eigenverantwortung, die bodenständige und kompetente Optimierung des Bestehenden sowie die Einhaltung von Regeln in der realen Wirtschaftsordnung umgesetzt. Auch die gemeinschaftliche Pufferung von Risiken funktioniert – gerade in Zeiten der Finanzkrise – in den Augen der Befragten gut. Stärken der Sozialen Marktwirtschaft, die der aktuellen Wirtschaftssituation nicht zugeschrieben werden, sind die Ausrichtung auf das Gemeinwohl, die soziale Verteilungsgerechtigkeit sowie Kontinuität und Verlässlichkeit. Zu den wünschenswerten Eigenschaften, die mit der Sozialen Marktwirtschaft nicht verbunden werden (und auch nicht mit der aktuellen wirtschaftlichen Grundordnung), sind die Förderung persönlicher Freiheit und Selbstbestimmung sowie langfristige und nachhaltige Gestaltung von Zukunftsfähigkeit.

Das Prinzip sozialistischer Planwirtschaft stößt auf breite Ablehnung, es wird vor allem mit Bürokratie, Rückwärtsgewandtheit und ideologischen Scheuklappen in Verbindung gebracht. Die Gruppe „Solidargemeinschaft“ zeigt als einzige eine signifikante Präferenz für die Planwirtschaft gegenüber der Freien Marktwirtschaft (jedoch nicht gegenüber der Sozialen Marktwirtschaft). Allerdings würden alle Gruppen außer der Gruppe „Leistungsbereitschaft“ die Planwirtschaft der aktuellen wirtschaftlichen Grundordnung vorziehen.

Die Studienteilnehmer wurden zu den Elementen „Familienunternehmen“, „mittelständische Unternehmen“ und „multinationale Konzerne“ befragt. Keine der Unternehmensformen wird mit langfristiger Zukunftssicherung verbunden. Dennoch schneiden die Familienunternehmen durchweg positiv ab. Ihnen werden Ehrlichkeit, Seriosität, Durchsetzungskraft (jeweils hundertprozentige Zustimmung), Glaubwürdigkeit und Transparenz (jeweils 96 Prozent) beigemessen. Für die mittelständischen Unternehmen zeigt sich ein ähnliches Bild, nur in etwas schwächerer Ausprägung. Ganz anders multinationale Konzerne: Diese werden als lobbyistisch (97 Prozent), gierig (96 Prozent) und wirklichkeitsfern (96 Prozent) wahrgenommen, gleichzeitig aber auch als kompetent (95 Prozent) und durchsetzungsfähig (93 Prozent).

In den internationalen Finanzmarkt haben die Teilnehmer kein Vertrauen. In der Bewertung der Entwicklung der letzten Jahre schlägt sich die Finanzkrise nieder: Der Finanzmarkt wird mit weniger Risikobereitschaft verbunden, wodurch aber auch die Gefahr der Verhinderung von Innovationen gesehen wird. Es wird erwartet, dass sich der Finanzmarkt in den kommenden Jahren wieder „normalisiert“, es also keine grundsätzlichen Änderungen gegenüber der Situation vor der Krise geben wird. Kleinere Ausnahmen sind ein Rückgang der Befürchtung von Problemen durch Kompetenzmangel, bei gleichzeitig voller Ausrichtung auf den Erhalt des Status Quo und praktisch keinerlei Assoziation mehr mit Zukunftssicherung. Insgesamt 73 Prozent der Befragten sind in Bezug auf die qualitative Entwicklung auf dem internationalen Finanzmarkt resigniert.

Das Vertrauen in Produkte und Institutionen der Finanzwelt (Aktien, Investmentfonds, Kredite, Banken) ist niedrig. Diese werden allesamt stark mit Profitgier, Entkopplung von den Interessen

der Menschen und kurzfristiger Ausrichtung des Handelns assoziiert. Sparkassen und Volks- und Raiffeisenbanken wird deutlich stärker vertraut. Sie werden als wesentlich „moralischer“ wahrgenommen, obgleich auch sie sich im Werteraum weit entfernt vom kollektiven Idealbild befinden.

Anforderungen an Entscheidungsträger

Die Anforderungen an Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sind mit der Krise gestiegen. Erfahren in der Situation vor der Krise nur die Themen der solidarischen Grundversicherung und der Erhalt stabiler Lebensbedingungen die uneingeschränkte Zustimmung aller Befragten, so kommen heute die eigenverantwortliche Gestaltung des Fortschritts, eine selbstbestimmte Interessenvertretung sowie der weitsichtige Einsatz seriösen Fachwissens und einer gesunden Erfahrungsbasis hinzu.

Die gegenwärtigen Entscheidungsträger in der Wirtschaft werden überwiegend mit Lobbyismus (96 Prozent), Gier (94 Prozent) und Abkopplung von der Wirklichkeit (92 Prozent) in Verbindung gebracht. Den politischen Entscheidungsträgern wird vorgeworfen, bürokratische Hürden nicht abzubauen und an Althergebrachtem festzuhalten (jeweils volle Zustimmung). Weitere Kritikpunkte an Politikern sind Machtgier und leere Versprechungen (jeweils 96 Prozent). Ein kleiner Lichtblick ist, dass 95 Prozent den politischen Entscheidern eine gesunde Erfahrungsbasis zuschreiben. Der Einsatz von Sachverständigenräten erfährt große Zustimmung: Mit ihnen werden Fachwissen, Weitblick und Gewissenhaftigkeit verbunden.

Maßnahmen in der Finanzkrise und Auswirkungen auf Vertrauen

Die Interviewteilnehmer wurden zu verschiedenen Maßnahmen befragt, die im Verlauf der Finanzkrise seitens der Politik angedacht und zum Teil auch umgesetzt wurden.

Durchweg positiv und vertrauensfördernd bewertet wurden:

- Kindergeld / Elterngeld
- Förderung regenerativer Energien
- Investition in Bildung

Positive und negative Kritik gab es für:

- Staatlich festgeschriebene Mindestlöhne (Kritik: mangelnde Zukunftsfähigkeit, zu starkes Verharren am Status Quo)
- Staatsgarantie für Spareinlagen (Kritik: wie oben, zudem: weniger Aufgeschlossenheit gegenüber Neuerungen, leichte Gefahren: Profitgier, Entkopplung von den eigentlichen Bürgerinteressen)
- Steuersenkungsprogramme (Kritik: wie oben, zudem: Gefahr falscher Versprechungen)

- Privatisierung (Kritik: wie oben, etwas stärker ausgeprägt bei Profitgier und falschen Versprechungen, dafür höhere Aufgeschlossenheit gegenüber Neuerungen)

Überwiegend negative Kritik (Verteidigung des Status Quo statt echter Zukunftsfähigkeit, Entkopplung von den Interessen der Bürger statt Partizipation) **erhielten:**

- Rettung einzelner Unternehmen
- Abwrack-/Umweltprämie
- Verstaatlichung
- Banken-Rettungspaket

Die Reihenfolge der Präferenzen für die weiter oben genannten Maßnahmen ist im Großen und Ganzen für alle Gruppen gleich. Die Gruppe „Bürgerbeteiligung“ reagiert mit der größten Skepsis gegenüber allen Maßnahmen, gefolgt von der Gruppe „Solidargemeinschaft“, der Gruppe „Planungssicherheit“ und schließlich der Gruppe „Leistungsbereitschaft“.

Vertrauensbildung durch gesellschaftliche Akteure und Institutionen

Auch bei der Verortung unterschiedlicher gesellschaftlicher Akteure und Institutionen lassen sich drei Gruppen ausmachen, die sich deutlich in ihrer Entfernung vom kollektiven Ideal der Befragten unterscheiden.

Durchweg positiv und vertrauensfördernd bewertet wurden:

- Familienbetriebe
- Mittelständische Unternehmen
- Stiftungen

Positive und negative Kritik gab es für:

- Gewerkschaften
- Europäische Union
- World Wide Web
- Sparkassen / Volks- und Raiffeisenbanken

Durchweg negative Kritik erhielten:

- Banken
- Multinationale Konzerne
- Massenmedien

Schlüssel für mehr Zukunftsoptimismus: Förderung von Bildung, Familie, Partizipation und Nachhaltigkeit

Die allgemeine Stimmungslage, aber auch die Bewertung der konkreten Maßnahmen macht deutlich, dass Investitionen in Zukunftsfähigkeit über alle Gruppen hinweg eindeutig befürwortet werden. Hingegen werden Maßnahmen, die auf den Erhalt bzw. die Wiederherstellung des Status Quo abzielen, eher abgelehnt, besonders, wenn sie nicht unmittelbar den Bürgern zu Gute kommen, sondern einzelne Unternehmen oder Branchen subventionieren. Bei der Gestaltung von Zukunftsfähigkeit wird vor allem der Unterstützung für Familien, der Investition in Bildung sowie der Förderung regenerativer Energien eine wichtige Rolle beigemessen. Dass die Bewertung dieser Maßnahmen allerdings nicht all zu stark mit Zukunftsoptimismus korreliert, zeigt klar, dass große Skepsis hinsichtlich der Umsetzung dieser Maßnahmen besteht. Ein großer Gegensatz zwischen den Gruppen zeigt sich hier hinsichtlich der Knüpfung von Zukunftsoptimismus an Bildungsinvestitionen: Während die Gruppe „Planungssicherheit“ große Hoffnung in die Förderung des Bildungssystems setzt, ist die Gruppe „Bürgerbeteiligung“ eher pessimistisch. Wichtig ist, dass diese Forderungen sich nicht ausschließlich an die Wirtschaft oder die Politik richten. Vielmehr wird ein Umdenken in allen Bereichen als notwendig angesehen.

Als ein viel versprechender Weg, die Zukunftsfähigkeit im Sinne der Bürger zu stärken, wird aktive Partizipation gesehen: Alle vier Gruppen bevorzugen die direkte Demokratie gegenüber der repräsentativen Demokratie; die Gruppe „Bürgerbeteiligung“ (mit 20 von 100 Befragten) sieht in der direkten Demokratie sogar die einzige Chance zukunftsfähiger Gestaltung. Mehr Beteiligungsmöglichkeiten werden von allen Gruppen befürwortet, besonders wichtig ist dies für die Gruppe „Bürgerbeteiligung“, aber auch für die Gruppe „Planungssicherheit“. Auch dies gilt sowohl für die Politik als auch für Wirtschaft und Zivilgesellschaft: Die meisten Menschen möchten aktiv mitbestimmen und mitgestalten.

Besonders positiv werden Bürgerinitiativen gesehen, da diese das Bestehende hinterfragen und primär im Interesse des Gemeinwohls handeln (jeweils volle Zustimmung aller Befragten). Allerdings wird auch in diesem Bereich eine eindeutige Zukunftsorientierung eher vermisst. Uneingeschränkt positiv wird ehrenamtliches Engagement bewertet. Dennoch korreliert diese Einschätzung ebenfalls nur sehr gering mit Zukunftsoptimismus.

Fazit

Das Vertrauen in unsere Gesellschaft und ihre Institutionen schrumpft seit Langem. Neu ist die Dynamik dieses Erosionsprozesses, getrieben durch die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise und die wahrgenommene Macht- und Konzeptlosigkeit der Eliten, den Ursachen der schwierigen Situation wirksam zu begegnen. Das Vertrauen fehlt in der Breite – gegenüber Banken und Finanzdienstleistern, gegenüber Unternehmern und Managern, den Politikern und dem politischen System insgesamt, den klassischen Medien und sogar gegenüber der Art und Weise, wie die Soziale Marktwirtschaft aktuell umgesetzt wird – dem zentralen Identitätsanker unseres

Gesellschaftsmodells. Soll Vertrauen wieder hergestellt werden, muss entsprechend auf all diesen Ebenen angesetzt werden.

Die vorliegende Studie zeigt sechs zentrale Einflussfaktoren zur Vertrauensbildung und zur Erhöhung von Zukunftsoptimismus in Deutschland auf:

- 1. Intensivierung von Partizipationsprozessen in der Politik**
- 2. Investitionen in ein zeitgemäßes Bildungswesen**
- 3. Verbesserung der Situation von Eltern und Familien**
- 4. Entwicklung und Ausbau alternativer Energietechniken**
- 5. Förderung von Mittelstand und Familienunternehmen**
- 6. Stärkung der gesellschaftlichen Wirkung von Bürgerinitiativen und Ehrenamt**

Beziehen sich die genannten Punkte vor allem auf die nationale Politik, so lässt sich auch für den internationalen Wirtschaftskontext festhalten, was geschehen muss, um das Vertrauen der Bürger über alle Wertemuster hinweg wieder herzustellen: Es geht um die überfällige Inkraftsetzung wirksamer Kontrollinstrumente auf den Finanzmärkten, um die transparente Verankerung längerfristiger Unternehmensziele, um die Schaffung globalen Regelwerkes für globale Märkte, das wirksame Anreize zu nachhaltigem Wirtschaften enthält, um die glaubhafte Beteiligung der Bürger an der Gestaltung ihrer Welt und nicht zuletzt um eine Neubestimmung des Leitbildes der Sozialen Marktwirtschaft in einer globalisierten Welt endlichen Wachstums.